

Kommunale Videoüberwachung

Der Einsatz von Videoüberwachungstechnik durch die Kommunen in NRW – eine Analyse des geltenden Rechts und Vorschläge für eine künftige Rechtsgestaltung

von

Dirk Zitzen

Thema der Arbeit ist der Einsatz von Videoüberwachungstechnik durch die Kommunen in NRW. Während sich die rechtswissenschaftliche Diskussion in den letzten Jahren intensiv mit der polizeilichen Videoüberwachung befasste, wurden die Befugnisse der Kommunen zur Videoüberwachung in einem eher geringeren Maße betrachtet. Die Arbeit stellt zunächst die verfassungsrechtlichen Vorgaben heraus, an denen kommunale Videoüberwachungsmaßnahmen zu messen sind. Sodann werden die für die Gemeinden geltenden gesetzlichen Regelungen analysiert, wenn diese Videoüberwachungstechnik zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben einsetzen wollen.

Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass die geltende Rechtslage in verschiedenen Bereichen Regelungsdefizite aufweist. Im Anschluss werden Regelungsvorschläge für bereichsspezifische Erweiterungen der Befugnisse der Kommunen zur Videoüberwachung unter Berücksichtigung datenschutzfördernder Technik sowie eine Regelung für ein Verbot von Kameraattrappen konzipiert.